

Artikel vom 19.03.2017

Bildungsreise nach Tallinn

„Estland ein Vorreiter im Bereich E-Government“



Paul Linsmaier im Gespräch mit dem Deutschen Botschafter in Estland, Christoph Eichhorn

JU-Bezirksvorsitzender Paul Linsmaier informierte sich in Tallinn über Digitalisierung der Politik

Die Digitalisierung bestimmt die Gesellschaft in mehr und mehr Punkten – auch in Politik und Verwaltung führt kein Weg an dieser Entwicklung vorbei. Während in Deutschland E-Government zum Teil noch in den Kinderschuhen steckt, ist die elektronische Verwaltung in Estland bereits Alltag. Davon konnte sich der Deggendorfer Paul Linsmaier, Bezirksvorsitzender der Jungen Union Niederbayern, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des JU-Landesausschuss bei einer Bildungsreise in die Hauptstadt Tallinn überzeugen. „Bereits seit 2000 tagt das estnische Kabinett papierlos, weitere Bereiche im Verwaltungswesen sind bereits komplett erschlossen. Eine hervorragende Entwicklung, die Estland mit seinem eEstonia zum E-Government-Spitzenreiter Europas gemacht hat. Auch bei eLearning, also digitalem Lernen, findet sich Estland im europaweiten Vergleich auf den vorderen Plätzen. Eine riesige Chance für Bayern und Deutschland, von den estnischen Entwicklungen zu lernen“, erklärt Linsmaier. In Estland haben die Bürger einerseits die volle Kontrolle über Ihre Daten andererseits die Möglichkeit vom Rezept bis zu allen Verwaltungsvorgängen online zu erledigen. Das Land ist zudem flächendeckend mit 4G ausgestattet.

Weiterer Schwerpunkt der Bildungsreise lag auf dem Spannungsfeld zwischen der NATO und Russland – aufgrund seiner geografischen Lage und Vergangenheit liegt auch hier auf Estland

besonderer Fokus. Hier schilderten estnische Nachwuchs-Politiker, Politologen und Journalisten ihre Eindrücke, welche Auswirkungen die aktuellen politischen Entwicklungen auf ihr Heimatland haben: „Die so genannten „Fake news“ sind in Estland an der Tagesordnung. Die Bürger müssen aber erst lernen, damit umzugehen. Hier kommt aber Estland seine weit fortgeschrittene Digitalisierung zu Gute: Dadurch wird mehr Transparenz geschaffen, die Bürokratie abgebaut. Außerdem können sich die Bürger weitere Informationsquellen erschließen, um sich ein eigenes Bild von der aktuellen Weltpolitik machen zu können“, so Linsmaier abschließend.